

Strukturwandel öffentlicher Universitäten und seine Folgen für eine *Public Sociology*

Barbara Hoenig

Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Die Soziologie und ihre Publika«

Zur Debatte um die Public Sociology

In der jüngeren Geschichte der Soziologie hat kaum eine Rede eines Präsidenten der *American Sociological Association* innerhalb der soziologischen *community* einen solchen Widerhall erzeugt wie die von Michael Burawoy anlässlich der Konferenz in San Francisco 2004 (Burawoy 2005). Die darauf folgende Debatte um die Vision einer *Public Sociology* beflügelt weite Teile der Disziplin nunmehr seit mehr als einem Jahrzehnt und versteht sich wohl auch als intellektuelle Bewegung, die die Enge der Fachgemeinschaft zu überschreiten vermag (vgl. zum Beispiel Clawson et al. 2007; Jeffries 2009; Burawoy 2015; Aulenbacher et al. 2017). Burawoys Unterscheidung von vier Wissenstypen in der internationalen Arbeitsteilung der Soziologie unterlief dabei herkömmliche Trennlinien zwischen Mainstream- und radikalen Vertreter/-innen des Faches zugunsten einer verdeutlichten Komplementarität professioneller, policy-bezogener, kritischer und öffentlicher Soziologien. Das Projekt einer *Public Sociology* formuliert Burawoy in elf Thesen entlang zweier zentraler Fragen zum Verhältnis der Soziologie und ihrer Öffentlichkeit: *Sociology for Whom?* und *Knowledge for What?* (vgl. auch Lee 1976; Lynch 1939) Im disziplinären Wettbewerb mit der markt-zentrierten Ökonomie und den staats-zentrierten Politikwissenschaften stehend, sieht Burawoy die Besonderheiten der Soziologie in ihrer Verankerung in der Zivilgesellschaft und deren vielfältigen Öffentlichkeiten.

Zwar spricht sich Burawoy, der selbst über Forschungserfahrung in Sambia und Südafrika, in Ungarn und Rußland verfügt, klar dafür aus "to provincialize our own sociology, to bring it down from the pedestal of universality and recognize its distinctive character and national power" (Burawoy 2005: 284). Auch jene, die seinen Grundideen einer *Public Sociology* wohlwollend gegenüberstanden oder diese gar emphatisch teilten, empfanden hingegen als problematisch, wie sehr die entfachte Debatte historisch gewachsene Besonderheiten und institutionelle Entwicklungen der US-amerikanischen Soziologie stillschweigend als gegeben voraussetzte, ohne deren kontingente Bedingtheit hinreichend zum Gegenstand dialogischer Anstrengung zu machen. Abgesehen von einem Exkurs zur sozialwissenschaftlichen Politikberatung Norwegens fällt Burawoys Diagnose zu Europas variablem Restbestand an öffentlicher Soziologie nicht üppig aus: Die französische Soziologie wird mit einem Satz bedacht, die britische mit zwei.

Sowohl auf kanadische Nachbarn (beispielweise McLaughlin et al. 2005) als auch auf transatlantische Publika (etwa Fleck et al. 2009, Fleck und Hess 2014) wirkten darüber hinaus gerade der ‚Reflexivitäts‘-Pol der Burawoyschen Vierfeldertabelle empirisch zu unspezifisch, normativ zu aufgeladen und

selbst der eigenen US-Tradition der Soziologie gegenüber zu geschichtsvergessen. Auch der institutionell voraussetzungsvolle Prozess, wie man konkret ein *Public Sociologist* wird und wie das Schicksal von Wissenschaftskarrieren mit Dynamiken der Reputationsbildung verknüpft ist, werde von Burawoy kaum thematisiert (im Unterschied etwa zu Coser 1965). Stattdessen käme es darauf an, ein begriffliches Instrumentarium zu entwickeln, das die politische Rhetorik in konkrete Forschungsfragen zu übersetzen vermag:

„Dropping the reflexive axis from Burawoy’s two by two table, thinking more deeply about what we mean by ‚critical‘, and embedding our analysis in a model that leaves room for national and institutional context and empirical comparative research on disciplines, provides for (...) an analytic way forward in the coming debates on the future of public sociologies. The ‚audience‘ for academic works could be operationalized and measured comparatively (both in terms of nations and disciplines) while the level of ‚reflexivity‘ and ‚criticalness‘ strikes us as an empirical dead-end that would lead to more posturing than insight.“ (McLaughlin et al. 2005: 147)

Public Sociology sei also vielmehr anhand konkreter institutioneller Kontexte und empirischer Bedingungen soziologischen Arbeitens und ihrer Öffentlichkeiten zu diskutieren und eine analytisch vergleichende Perspektive zu entwickeln, die mehrere Länder und Disziplinen einzubeziehen imstande ist.

An diese Kritik am Burawoyschen Modell einer *Public Sociology* anknüpfend, argumentiert der vorliegende Beitrag dafür, den gegenwärtigen strukturellen Wandel der Bedingungen soziologischen Arbeitens zum Thema einer empirisch komparativen Analyse von Institutionen zu machen. Am britischen Beispiel des Strukturwandels öffentlicher Universitäten, die seit geraumer Zeit dem Gegenteil des Erzeugens von Öffentlichkeit unterliegen, nämlich Formen der Privatisierung, wird nach den institutionellen Bedingungen einer *Public Sociology* und ihren Möglichkeiten intellektueller Kritik gefragt. Was bedeutet die „Krise der Universitäten“ (Stöltzing und Schimank 2001) für ihren öffentlichen Charakter und auch für die Soziologie als Wissenschaftsdisziplin? Wie äußern sich Soziolog/-innen, wenn die öffentliche Funktion von Universitäten unter Druck gerät? Welche Folgen hat der strukturelle Wandel der Universitäten für den Begriff der Öffentlichkeit selbst? Lässt der Niedergang öffentlicher Universitäten trotzdem, oder gar deswegen, einen Aufstieg der *Public Sociology* erhoffen? Zur Debatte steht damit nicht nur der öffentliche Charakter der Soziologie, sondern auch dieser entgegenstehende Formen ihrer „Privatisierung“: als Reduktion öffentlicher Subventionierung von Universitäten, aber auch als Wandel der Idee der öffentlichen Universität selbst, ihrer öffentlichen Funktion und Zielsetzung wie auch der von ihr produzierten Bestände und sozialen Praktiken des Wissens.

Im Folgenden beginne ich damit den Strukturwandel europäischer Universitäten im Kontext der von der Finanzkrise ausgelösten Kürzung öffentlicher Haushalte zu skizzieren. Daraufhin erörtere ich anhand der britischen Debatte um die Idee öffentlicher Universitäten das Beispiel einer *Public Sociology*, die die Verfasstheit der institutionellen Bedingungen soziologischen Arbeitens und ihrer Öffentlichkeiten selbst zum Gegenstand der intellektuellen Debatte machte. Ich schließe mit Überlegungen, welche Einsichten die deutschsprachige Diskussion für das Projekt einer *Public Sociology* daraus gewinnen mag.

Privatisierung öffentlicher Haushalte und ihre Folgen für Universitäten Europas

„The interest in a public sociology is, in part, a reaction and a response to the privatisation of everything. Its vitality depends on the resuscitation of the very idea of ‚public‘, another casualty of the storm of progress.“ (Burawoy 2005: 263)

Die *European University Association* (EUA) ist eine Stakeholder Organisation, die für die Interessen öffentlicher Universitäten in der Europäischen Union eintritt und in ihrem *Public Funding Observatory* seit 2008 den strukturellen Wandel der öffentlichen Finanzierung von Universitäten in Europa regelmäßig untersucht (EUA 2017). Obwohl diese ländervergleichende Bestandsaufnahme keine Aussagen über die Binnenverteilung der Budgets in den differenzierten Institutionenlandschaften erlaubt, verdeutlicht sie einige Folgen der globalen Finanzkrise für die öffentliche Finanzierung der Universitäten in Europa. In fast allen EU Mitgliedstaaten war diese im Untersuchungszeitraum 2008 bis 2015 erheblichen Einschränkungen mit massiven Folgen für öffentliche Universitäten unterlegen (EUA 2017).

Nur in wenigen Hochschulsystemen stiegen die öffentlichen Budgets für Universitäten in diesem Zeitraum an, etwa in Deutschland um +31 Prozent, in Schweden und Norwegen um jeweils +23 Prozent, in Dänemark um +21 Prozent und in Österreich um +17 Prozent. In den meisten dieser Länder gingen gestiegene Hochschulbudgets jedoch mit dem Anstieg von Studierendenzahlen einher, dessen Umfang und Geschwindigkeit die der Budgets übertrifft (in Deutschland +35 Prozent, in Österreich +24 Prozent). Während die öffentliche Finanzierung von Universitäten etwa in Frankreich und den Niederlanden mit jeweils +4 Prozent weitgehend stabil blieb, hatten die Universitäten der meisten EU Länder, insbesondere in Süd- und Osteuropa, durch die starke Verschuldung öffentlicher Haushalte in der Folge der Finanzkrise mit erheblichen Einschränkungen zu kämpfen (Spanien -14 Prozent, Italien -17 Prozent, Tschechien -19 Prozent, Griechenland -58 Prozent). Bedingungen, Mechanismen und Folgen dieser systematischen Reduzierung von Universitätsbudgets sind jedoch sehr unterschiedlich. So überrascht zunächst, dass das Vereinigte Königreich einen finanziellen Rückgang öffentlicher Subventionen für Universitäten um -27 Prozent berichtet, der quantitativ etwa dem in Ungarn und in den baltischen Staaten vergleichbar ist. Im Vereinigten Königreich wurden öffentliche Subventionen fast vollständig durch von Studierenden verpflichtend zu entrichtenden Gebühren ersetzt, wobei die meisten Universitäten die maximale Höhe von derzeit 9.000 Pfund pro Jahr fordern.

Als Folge der 2012 durchgesetzten Reform der *undergraduate*-Förderung („*Browne Report*“) hat sich die lehrebezogene Grundfinanzierung der Universitäten durch das *Higher Education Funding Council* (HEFCE) seit 2010 um knapp 70 Prozent reduziert (EUA 2016: 8).¹ Die gegenwärtige Entwicklung ist zudem durch das Erhöhen von Studiengebühren, das Ausweiten von Studierendenkrediten auch in Master- und Doktorandenprogrammen und seit September 2016 durch das Streichen von Unterstützungen der Lebenshaltungskosten von Studierenden aus benachteiligten Familien charakterisiert. Die Regierung erlaubt Universitäten das Erhöhen der Studiengebühren bis zum Maximalbetrag, wenn

¹ Zugleich konnten forschungsbezogene Budgets seitens der Regierung erhalten und in der Summe auch ausgebaut werden, etwa durch einen 2016 neu eingeführten ‚Global Challenges Fund‘ im Umfang von 112 Millionen Pfund, der nicht zufällig den Namen eines europäischen Förderprogramms trägt. Auch war die britische Regierung in der Nachfolge des Referendums vom Juni 2016 über den Verbleib bzw. Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU bestrebt, zuvor beantragte und bewilligte Forschungsprojekte in Horizon 2020 abzusichern und Antragsteller in ihren Vorhaben zu unterstützen (EUA 2016: 8).

diese zugleich eine gestiegene Lehrqualität im Rahmen eines *Teaching Excellence Framework* nachweisen (EUA 2016: 10).

Idee und Funktion öffentlicher Universitäten: Das britische² Beispiel

Eine der wichtigsten nicht-akademischen Öffentlichkeiten der universitär verankerten Soziologie sind ihre potentiellen und tatsächlichen Studierenden: „There is one public that will not disappear before we do – our students. ... What does it mean to think of them as a potential public? ... As teachers we are all potentially public sociologists“ (Burawoy 2005: 266) Dass jedoch auch diese Annahme von Burawoy keineswegs in allen universitären Kontexten vorausgesetzt werden kann, zeigt das britische Beispiel.

Anlass und Ausgangspunkt der britischen Debatte war der *Browne Report* (Browne Report 2010), der mit dem Antritt der konservativ-liberalen Regierung 2010 das bisherige System der Hochschulfinanzierung universitärer Lehre grundlegend änderte: Anstatt den Universitäten wie bislang eine Grundfinanzierung zu gewährleisten, empfahl der von der Regierung angenommene Bericht die Einführung eines vermarktlichten Hochschulsystems, in der die *undergraduate* Lehre direkt durch von Studierenden zu erbringende Studiengebühren und Studienkrediten zu finanzieren sei. Von dieser Umwälzung öffentlicher Kosten universitärer Bildung an die Studierenden selbst versprach man sich das Einsparen von rund 80 Prozent der öffentlichen Bildungsausgaben. Der Bericht ging wie eine Schockwelle durch das britische Hochschulsystem, führte zu studentischen Demonstrationen und Universitätsbesetzungen und dem Fordern einer öffentlichen Diskussion von vielen Seiten wie etwa der die Universitäten repräsentierenden Organe oder auch der an Universitäten lehrenden Wissenschaftler/-innen. Wie reagierte die Soziologie auf diese dramatische institutionelle Entwicklung?

Öffentliche Soziologen verfassten ein „Manifest für die öffentliche Universität“ (Holmwood et al. 2011), um die Idee einer öffentlichen Universität neuerlich ins Bewußtsein einer Öffentlichkeit zu rufen, die in Großbritannien und anderen europäischen Staaten in den vergangenen 50 Jahren Bildung als soziales Recht zu etablierten suchte. Gegenstand der diskursiven Auseinandersetzung mit dem *Browne Report* und den daraus resultierenden massiven Maßnahmen war ein radikaler Wandel der Idee der öffentlichen Universität, ihrer öffentlichen Funktion und Zielsetzung wie auch der epistemischen Eigenschaften wissenschaftlicher Praktiken und wissenschaftlichen Wissens. Die Kritik betonte zwar, daß die Idee einer öffentlichen Universität auch deren legitime öffentliche Finanzierung beinhalte, ging aber weit darüber hinaus. Sie entzündete sich vor allem daran, daß das Reduzieren der öffentlichen Funktion der Universität zum Aussortieren von Anliegen sozialer Gerechtigkeit in der Hochschulbildung und der Forschung führt und das massive Einschränkung des freien Zugang zur Hochschulbildung als historischer Errungenschaft nicht zuletzt eine Veränderung des Begriffs der Öffentlichkeit bedeute. Vielmehr sei es die Universität selbst, die die Mittel und Wege des Erzeugens von Öffentlichkeit bereitstelle: „... the public is properly regarded as *representing itself*, with the university facilitating that representation through the encouragement of debate and common resources of knowledge.“ (Holmwood 2011: 3)

² Hier wird vereinfachend von einem ‚britischen‘ Universitätssystem gesprochen, die in Teilen unterschiedlichen Hochschulsysteme von Schottland und Nordirland sind dabei mitgemeint.

Da nunmehr Studierende die Kosten ihres Studiums zu tragen und als „Kunden“ der Universität die instrumentelle Verwertbarkeit ihrer (Aus-)Bildung am Arbeitsmarkt entscheidendes Kriterium ihrer Studienwahl wurde, gerieten gleichzeitig bestimmte Studienfächer und universitär verankerte Wissenschaftsdisziplinen unter massiven Druck. Dies betraf vor allem die Sozial- und Geisteswissenschaften, die als „nutzlose Orchideenfächer“ (kritisch dazu auch Collini 2012) an massivem Studierendenmangel zu leiden begannen, und zwar überall dort, wo sie nicht für anwendungsbezogene Bereiche wie Gesundheit und medizinische Berufe, ökonomisches Wachstum oder den militärisch-industriellen Sektor zu instrumentalisieren waren (Holmwood 2011: 17). Holmwood wies darauf hin, dass bereits Clark Kerr (1963) diese Instrumentalisierung der Sozial- und Geisteswissenschaften zur Zeit ihres beginnenden Ausbaus im Kontext der Hochschulexpansion kritisch antizipiert habe, sich diese gegenwärtig jedoch stärker an kurz- und mittelfristigen Wirkungen einer *impact*-orientierten universitärer Lehre und Forschung im Rahmen von *Research Assessment Frameworks* bemesse (vgl. auch Holmwood 2014).

Mit der Realisierung der im *Browne Report* geforderten Maßnahmen zur Privatisierung universitärer Bildung durch Studiengebühren verändere sich schließlich auch der Begriff der Öffentlichkeit selbst. Während seit den frühen 1960er Jahren in weiten Teilen der europäischen und auch der britischen Öffentlichkeit, trotz erheblicher Differenzen in den politischen Systemen, ein breiter politischer Konsens über den Wert einer öffentlichen Hochschulbildung existiert habe, sei dieser Konsens durch deren Vermarktlichung nunmehr zusammengebrochen. Dies betreffe schließlich auch die Forschung und deren öffentliche und privatwirtschaftliche Verwertbarkeit:

„The issue is not so much retaining (or increasing) current levels of funding for higher education – it is true that this can be done by student fees or by public funding – but the nature of the purposes of higher education and the consequences of allowing these purposes to be defined by the market ... the shift to neo-liberal modes of governance of research seems to have extinguished any idea of social scientific knowledge facilitating public debate and criticism. In so far as universities adapt to the external context of research funding, this restriction becomes general across the sector.“ (Holmwood 2011: 4).

Dem setzt Holmwood, hier an John Dewey (1927) anknüpfend, die Idee einer Öffentlichkeit entgegen, die den Begriff einer „kollektiven Intelligenz“ – als “improvement of the methods and conditions of debate, discussion and persuasion” (Dewey 1927: 208) – der von Dewey befürchteten “eclipse of the public” entgegensetzt. Im Unterschied einer am Typus der „Experten“ orientierten Instrumentalisierung von Wissen und Wissenspraktiken sei die öffentliche Universität in einer hervorragenden Position diese Form von Öffentlichkeit durch das interdependente und folgenreiche Handeln von Akteuren hervorzubringen:

„ A university at the service of the public, in Dewey’s sense, is a university that should properly be regarded as a public university. This would not be the only function of a university, but it is a necessary function and it is one that would place social justice at its heart. Anything less and the university is just another private corporation in which a corporate economy has become a corporate society. The university would finally have given up any pretension to a social mission other than being at service to whoever paid.“ (Holmwood 2011: 25f).

Schluss: Bedingungen der *Public Sociology* in Deutschland

Von der britischen Hochschullandschaft unterscheidet sich diejenige Deutschlands erheblich, und zwar in wesentlichen Punkten: etwa in der beträchtlichen Stärke ihres außeruniversitären Forschungssektors und der historischen Ausdifferenzierung eines Forschung und Lehre umfassenden Universitätsmodells, der vergleichsweise flachen institutionellen und zugleich stark disziplinierten Differenzierung der Hochschullandschaft, dem hohen Anteil von an Universitäten im Gegensatz zu Fachhochschulen eingeschriebenen Studierenden und nicht zuletzt einer deutlicheren öffentlicher Förderung von Bildungsinstitutionen. Unter diesen Blickwinkeln betrachtet, handelt es sich beim Vergleich der deutschen und der britischen Universitätssysteme um zwei sehr unterschiedliche Typen von Hochschul-Öffentlichkeiten, deren Differenz über die der Finanzierung öffentlicher Hochschulbildung deutlich hinausgeht.

Trotz dieser historischen Pfadabhängigkeit und institutionellen Persistenz unterliegen deutsche Universitäten als „organisationale Akteure“ (Krücken und Meier 2006) andererseits einem Internationalisierungsdruck und damit einhergehender Vermarktlichung der Lehre zugunsten der Forschung (Schimank 1995), dem Umsetzen von *New Public Management*-Regimes (Schimank 2005) und evaluationsbasierter Forschungsfinanzierung (Gläser et al. 2006). Diese Entwicklungen tragen sowohl im Kontext der nationalstaatlichen Exzellenzinitiative (Leibfried 2010) wie auch eines verschärften Wettbewerbs um „europäische Exzellenz“ (Hoenig 2017a, b) zum Erstarren des „Akademischen Kapitalismus“ (Münch 2007, 2011) bei.

In Deutschland wurde die Debatte um die *Public Sociology* jüngst aufgegriffen, um sowohl die aktuellen Möglichkeiten ihrer soziologie-internen institutionellen Unterstützung zu diskutieren (Neun 2013) wie auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Disziplin und der Rezeption ihrer Klassiker unter dieser Perspektive voranzutreiben (Neun 2015, Reif 2016). Eine stärker traditionelle Form der *Public Sociology* in Deutschland hat – als Soziologie der Intellektuellen – deren Positionierung zur politischen Macht der Gesellschaft und den Referenzrahmen für intellektuelle Kritik ebenso thematisiert wie sie die Grundlagen der Legitimität dieser Kritik über die Gültigkeit bestimmter Wertstandards und ihrer öffentlichen Verbindlichkeit diskursiv beständig erarbeitete (beispielsweise Lepsius 1964, Kreisky 2000, Vobruba 2008).

In diesem Beitrag ging es anhand des britischen Beispiels um die Beziehung der Soziologie zu einer ihrer zentralen Öffentlichkeiten, ihren Studierenden, und auch um die Frage, wie die Soziologie in ihren vielfältigen Formen imstande ist, die sie leitenden Ideen von Öffentlichkeit in der intellektuellen Auseinandersetzung zu thematisieren und die Bedingungen ihres öffentlichen Charakters damit selbst zu erzeugen und zu erneuern. Die fortschreitende Internationalisierung der europäischen Hochschullandschaft lässt leider erwarten, dass die britische Debatte zu institutionellen Bedingungen und intellektuellen Ideen öffentlicher Wissenschaft auch für andere europäische Staaten nicht gänzlich irrelevant bleiben wird.

Zitierte Literatur

Aulenbacher, B., Burawoy, M., Dörre, K., Sittel, J. (Hg.) 2017: Öffentliche Soziologie: Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft. Frankfurt und New York: Campus.

Browne Report 2010: Securing a sustainable future for higher education: An Independent Review of Higher Education Funding and Student Finance. London: Independent Review of Higher Education Funding and Student Finance.

- Burawoy, M. 2005: For public sociology. *American Sociological Review*, Vol. 70, Issue 1, 4–28.
- Burawoy, M. 2015: Public sociology. *Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Clawson, D., Zussman, R., Misra, J., Gerstel, N., Stokes, R., Anderton, D. (eds.) 2007: *Public sociology: Fifteen eminent sociologists debate politics and the profession in the twenty-first century*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Collini, S. 2012: *What are universities for?* London: Penguin.
- Coser, L. A. 1965: *Men of ideas: A sociologist's view*. New York: The Free Press.
- Dewey, J. 1927: *The public and its problems*. Athens: Ohio State University.
- EUA European University Association 2017: *Public Funding Observatory*. www.eua.be/publicfundingobservatory (Accessed 14. February 2017).
- Fleck, C., Hess, A., Lyon, E. S. (eds.) 2009: *Intellectuals and their publics: Perspectives from the social sciences*. Aldershot: Ashgate.
- Fleck, C., Hess, A. 2014: Introduction: Public sociology in the making. In C. Fleck, A. Hess (eds.) *Knowledge for whom? Public sociology in the making*. Aldershot: Ashgate, 1–15.
- Gläser, J., Lange, S., Laudel, G., Schimank, U. 2006: Evaluationsbasierte Forschungsfinanzierung und ihre Folgen. In R. Mayntz, F. Neidhardt, P. Weingart, U. Wengenroth (Hg.), *Wissensproduktion und Wissenstransfer: Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit*. Bielefeld: transcript, 145–170.
- Hoening, B. 2017a: Competition for status: Dynamics of scientific disciplines in the European transnational field. *Serendipities: Journal for the History and Sociology of the Social Sciences*, Vol. 2, Issue 1, 90–106.
- Hoening, B. 2017b: *Europe's new scientific elite: Social mechanisms of science in the European research area*. Abingdon, New York: Routledge.
- Holmwood, J. 2011: The idea of a public university. In J. Holmwood (ed.), *A manifesto for the public university*. London: Bloomsbury, 12–26.
- Holmwood, J. 2014: Sociology's past and futures: The impact of external structure, policy and financing. In J. Holmwood, J. Scott (eds.), *The Palgrave handbook of sociology in Britain*. London: Palgrave Macmillan, 588–610.
- Jeffries, V. (ed.) 2009: *Handbook of public sociology*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Kerr, C. 1963: *The uses of the university*. 5th edition. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Kreisky, E. 2000: Intellektuelle als historisches Modell. In E. Kreisky (Hg.), *Von der Macht der Köpfe. Intellektuelle zwischen Moderne und Spätmoderne*. Wien: WUV Universitätsverlag, 11–65.
- Krücken, G., Meier, F. 2006: Turning the university into an organisational actor. In G. Drori, J. W. Meyer, H. Hwang (eds.), *Globalization and organization: World society and organizational change*. Oxford: Oxford University Press, 241–257.
- Leibfried, S. (Hg.) 2010: *Die Exzellenziinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven*. Frankfurt am Main u.a.: Campus.
- Lepsius, M. R. 1964: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 16. Jg., Heft 1, 75–91.
- McLaughlin, N., Kowalchuck, L., Turcotte, K. 2005: Why sociology does not need to be saved: Analytic reflections on public sociologies. *The American Sociologist*, Vol. 36, Issue 3, 133–151.
- Münch, R. 2007: *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, R. 2011: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Neun, O. 2013: Der erste Schritt ist nicht genug. Die Rolle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bei der Etablierung einer ‚öffentlichen Soziologie‘. *Soziologie*, 42. Jg., Heft 1, 16–24.
- Neun, O. 2015: Der andere ‚amerikanische‘ Max Weber: Hans H. Gerths und C. Wright Mills‘ From Max Weber, dessen deutsche Rezeption und das Konzept der ‚public sociology‘. *Berliner Journal für Soziologie*, 25. Jg., Heft 3, 333–357.
- Reif, M. 2013: Professionelle und öffentliche Soziologie. Ein soziologiegeschichtlicher Beitrag zur Professionalisierung der Disziplin in Deutschland. *Soziologie*, 45. Jg., Heft 1, 7–23.
- Schimank, U. 1995: *Hochschulforschung im Schatten der Lehre*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schimank, U. 2005: ‚New public management‘ and the academic profession: A reflection on the German situation. *Minerva*, Vol. 43, Issue 4, 361–376.
- Stölting, E., Schimank, U. (Hg.) 2001: *Die Krise der Universitäten*. Leviathan, Sonderheft 20. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Vobruba, G. 2008: Gestaltung und Kritik der Gesellschaft. Zur Soziologie der Intellektualität. In S. Sigmund, G. Albert, A. Bienfait, M. Stachura (Hg.), *Soziale Konstellation und historische Perspektive*. Festschrift für M. Rainer Lepsius. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 405–426.